

<https://www.theguardian.com/politics/2018/dec/12/uber-pushed-for-uk-congestion-charges-that-would-hit-poor-hardest> Guardian 12.12.2018

Uber drängte auf britische Staugebühren, die die Armen am härtesten treffen würden

Guardians Anfrage zur Informationsfreiheit enthüllt Details der Gespräche zwischen Uber-Chef und Chris Grayling

Wie aus Aufzeichnungen hervorgeht, nutzte Uber ein privates Treffen mit dem Verkehrsminister, um auf Staugebühren zu drängen, die, wie ein hoher Beamter warnte, ärmere Fahrer am härtesten treffen würden.

Chris Grayling wurde auch vom Uber CEO, Dara Khosrowshahi, dazu angehalten, Möglichkeiten im britischen öffentlichen Verkehrsnetz zu eröffnen - so das Protokoll einer Sitzung im Oktober, wie nach einer Anfrage des Guardian zur Informationsfreiheit offenbart wurde.

Die Details, die Oppositionsparteien und Fahrer veranlasst haben, einen hochkarätigen Rechtsstreit mit Uber um das Recht der Arbeitnehmer, sich zu äußern, zu führen - sind zu einem Zeitpunkt entstanden, da Uber den Boden für einen lang erwarteten Börsengang (IPO) bereitet.

Unter der Überschrift "Ubers Zukunft in UK" zeigt das Protokoll, dass Khosrowshahi Grayling gegen die Einführung von Quoten für legal lizenzierte private Mietfahrzeuge (PHV), insbesondere in London, zu beeinflussen versuchte, die er als "eine unangemessene Markteinmischung durch die Regierung" bezeichnete.

Stattdessen drängte er auf eine "umfassende Stauplanung", damit Fahrzeuge mit "weniger Nutzwert" "entmutigt" werden, privat zu fahren. An dieser Stelle stellt der Protokollführer, ein Beamter, dessen Name redigiert wurde, infrage, ob Ubers bevorzugtes Modell "nicht regressiv wäre und zu höheren Kosten für die weniger Reichen führen würde".

Die Bedenken des Beamten spiegeln die der TfL (Transport for London, Verkehrsplanungsbehörde) wider, die eine solche Änderung in der Stauplanung selbst analysiert hat, und die ergab, dass private „Taxi“-fahrer wahrscheinlich am Ende dafür bezahlen würden und dass 71% aus ausgewiesenen benachteiligten Londoner Stadtvierteln stammen und 94% aus ethnischen Minderheiten stammen.

James Farrar, Filialvorsitzender der IWGB (Independent Workers Union of Great Britain) United Private Hire Drivers Niederlassung und einer der Fahrer, die ein Urteil des Arbeitsgerichts gegen das Unternehmen gewonnen haben, sagte: "Uber schlägt zynisch eine Staugebühr vor, da sie sehr wohl wissen, dass Fahrer mit einem Mindestlohn diesen bezahlen werden, während Uber und seine Passagiere weiterhin frei fahren können."

Caroline Russell, nationale Verkehrssprecherin der Grünen und Mitglied des Verkehrsausschusses der Londoner Versammlung, sagte, dass die Straßen der Stadt stärker überlastet seien, weil Uber die Preise bewusst so niedrig hielte, dass die Fahrgäste den Service für "triviale Ortsfahrten" nutzen könnten.

"Es muss eine Obergrenze für private Mietwagenlizenzen geben, aber ich denke auch, dass die Staugebühr nicht vom Fahrer, sondern vom Betreiber bezahlt werden sollte, der sie an die Fahrgäste weitergeben kann, wenn sie es wünschen", sagte sie.

Das Protokoll besagt auch, dass der Verkehrsminister Uber eingeladen hat, neue Technologien in Großbritannien zu testen, und dass er von Khosrowshahi angefleht wurde, öffentliche Transportmöglichkeiten zu eröffnen.

Khosrowshahi, der im Oktober nach London geflogen war, um eine Initiative zu enthüllen, die darauf abzielte, Uber-Fahrern beim Kauf von Elektroautos zu helfen, traf am 23. Oktober, Tage bevor Uber eine gerichtliche Klage gegen die Feststellung eines Arbeitsgerichts einreichte, wonach Fahrer eher als Arbeitnehmer als als Selbständige behandelt werden sollten.

Der Uber-Chef, der im Protokoll als DK identifiziert wurde, "sprach über seine Vision von Uber als vollwertige Verkehrsplattform, die den öffentlichen Verkehr integriert, mit dynamischen Preisen und Echtzeit-Reiseinformationen".

Auf Regierungsseite äußerte laut Protokoll "SoS[der Staatsminister, Grayling] Aufregung über die Zukunft der Mobilität in Großbritannien und sagte, er sei besonders daran interessiert zu erforschen, wie Betreiber wie Uber Verkehrsmöglichkeiten für kleinere Städte und ländliche Gebiete eröffnen können, die weniger gut mit öffentlichen Verkehrsmitteln bedient werden. SoS ermutigte DK, dies zu untersuchen.

"DK sprach über Ubers Expansion in Entwicklungsländern und alternative Lösungen, die es erprobt. Er sagte, dass einige dieser Lösungen auf den ländlichen Märkten des Vereinigten Königreichs funktionieren könnten. Der SoS zeigte großes Interesse daran."

Der stellvertretende Verkehrsminister, Andy McDonald, sagte: "Chris Graylings geheimes Treffen mit Uber ist angesichts der erschreckenden Bilanz des Unternehmens in Bezug auf Steuern, Arbeitnehmerrechte und Fahrgastsicherheit besorgniserregend.

"Der Verkehrsminister hat den ÖPNV in die Krise gestürzt und will es nun Unternehmen wie Uber ermöglichen, vom Chaos zu profitieren und die Ärmsten der Gesellschaft am stärksten zu treffen. Erfolgreiche öffentliche Verkehrsnetze sind in öffentlichem Besitz, rechenschaftspflichtig und werden im öffentlichen Interesse betrieben - das komplette Gegenteil von Uber."

Caroline Pidgeon, die Vorsitzende der Liberaldemokraten im Transportausschuss der Londoner Versammlung, sagte: "Zu lange hatten die Führungskräfte von Uber einfachen

Zugang zur Downing Street 10 und den Ministern der Regierung. Wenn sie Lobbyarbeit betreiben wollen, scheint die Tür zu Whitehall (Regierungsgebäuden) immer offen zu sein."

"Ich bin ernsthaft besorgt darüber, dass Uber bei diesen Treffen versucht, die übermäßigen Arbeitszeiten zu leugnen, zu denen viele Uber-Fahrer zu arbeiten gezwungen sind und die Fahrer, Fahrgäste und andere Verkehrsteilnehmer ernsthaft gefährden."

Ein Uber-Sprecher sagte: "Wir wollen ein Partner der Städte sein, denen wir dienen. Im Laufe der Zeit ist es unser Ziel, Menschen zu helfen, ihr Auto durch ihr Handy zu ersetzen, indem wir eine Reihe von Mobilitätsoptionen anbieten - ob Autos, Fahrräder oder öffentliche Verkehrsmittel - alles in der Uber App."

Ein DfT(Department for Transport)-Sprecher sagte: "Der Verkehrsminister traf Uber als wichtigen Interessenvertreter, um eine Reihe von Verkehrsfragen zu diskutieren - nur eine davon war die Arbeit der Regierung an der großen Herausforderung der Zukunft der Mobilität."

"Während dieser Diskussion machte der Verkehrsminister deutlich, dass große Verkehrsunternehmen wie Uber untersuchen sollten, wie Zukunftstechnologien Vorteile bringen und die Menschen im ganzen Land besser vernetzen können."